

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Nico Marquardt	SPD	entschuldigt
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Claudia Brandis	Kreiselterrat	entschuldigt
Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Rita Franke	Amtsgericht	entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer verband	nicht entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	nicht entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Doina Sarsaman	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

Gäste:

Frau Carol Wiener	Regionale Jugendhilfe AG 1
Frau Sabine Frenkler	AG Kita
Herr Thomas Brincker	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Frau Uta Kitzmann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Christian Riecke	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Chistina Weidner	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Nicole Dörnbrack	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Bericht der Jugendvertretung
- 5 Entwicklung einer Jugendberufsagentur in Potsdam - Arbeitsstand

- 6 Handlungsempfehlungen für die Kinderfreundliche Kommune
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Abschluss einer öffentlich - rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB VIII zum 01.07.2016
Vorlage: 16/SVV/0116
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 7.2 Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0125
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind von 15 stimmberechtigten Mitgliedern 11 anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 21.01.2016 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Herr Kolesnyk bittet auf Wunsch von Frau Harnisch, den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorzuziehen. Der Ausschuss folgt dem Vorschlag und tritt zunächst in den nichtöffentlichen Sitzungsteil ein, wofür die Nichtöffentlichkeit hergestellt wird.

Herr Kolesnyk stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 14
Ablehnung: 0

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass entsprechend des Auftrages des Oberbürgermeisters, abgeleitet vom Jahresendinterview 2015, eine Integrationskonferenz durchgeführt wird. Dies erfolgt in Form eines Fachtages, der fünf große Säulen beinhaltet.

- Bildung (Schulbildung, Sprachbildung)
- Arbeit, Beschäftigung, Ausbildung
- Integration in eigene Wohnungen
- Integration in die Stadtgesellschaft/ ehrenamtliches Engagement
- Integration in Kultur und Sport

Der Fachtag findet am 21.04.2016 im Bürgerhaus am Schlaatz statt und wird durch das KonfliktHaus Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Team der WerkStadt für Beteiligung moderiert. Aufgrund der Kapazitätsbegrenzung des Hauses auf 120 Personen erfolgt eine Auswahl der Beteiligten.

Zur Veranstaltung wird eine Dokumentation erstellt, die dann breit gestreut werden soll und auch online abrufbar sein wird.

Herr Tölke berichtet, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 09.03.2016 dem Vorschlag des Jugendamtes in der Beschlussvorlage 16/SVV/0151 gefolgt ist und die pauschale Erstattung für die Betreuung von Kindern aus Flüchtlingsfamilien in Höhe von 240,00 Euro pro Flüchtlingskind und Monat für das Jahr 2016 beschlossen hat.

Des Weiteren berichtet er, dass am 15.3.2016 die Auswahl für die Besetzung der Stelle Qualitätsmanagement Hilfen zur Erziehung erfolgt ist.

Herr Riecke (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass mit heutigem Datum in der LHP insgesamt 91 unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) in Zuständigkeit des FB Kinder, Jugend und Familie untergebracht sind. 9 weitere wurden der LHP bereits zugewiesen, sind aber noch nicht angekommen bzw. abgängig. Nicht alle umA sind in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht. Mehrere umA befinden sich bei Verwandten in einer Gemeinschaftsunterkunft, in Haushalten von Einzelvormündern bzw. mit volljährigen Geschwistern in deren Wohnungen. Das Jugendamt erwartet 2 weitere Jugendliche, die in der LHP mit Ihren Familien zusammengeführt werden sollen. Ein Jugendlicher wird uns verlassen und geht zu seiner Familie in ein anderes Bundesland.

In der Außenstelle der ZABH in der Heinrich-Mann-Allee 103/105 betreibt die GFB im Auftrag des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie seit dem 16.09.2015 im Haus 9 eine Inobhutnahme- und Clearingeinrichtung. Hier sind mit heutigem Stand 35 männliche umA untergebracht. Die Rahmenbedingungen für den weiteren Verbleib an diesem Standort konnten zwischenzeitlich mit der ZABH geklärt werden. Am Standort Clearing Puschkinallee (Fluchtpunkt) sind aktuell 3 unbegleitete minderjährige Mädchen untergebracht.

Die Beschulung während der Clearingphase erfolgt in Form eines Deutschkurses in Verantwortung der GFB auf dem Gelände der Hoffbauer-Stiftung. Nach Abschluss des Clearings werden die Jugendlichen durch den Jugendmigrationsdienst in Willkommensklassen integriert. Derzeit sind jedoch nicht alle umA, die sich in Nachfolgeeinrichtungen befinden, in Willkommensklassen integriert, so dass diese Jugendlichen ihre Schulpflicht aufgrund der fehlenden Plätze nicht wahrnehmen können.

In den letzten Monaten sind neue stationäre Plätze in Nachfolgeeinrichtungen aufgebaut worden. Diese befinden sich in Trägerschaft der Stiftung SPI, der

Hoffbauer-Stiftung, der JH Geltow, des EJF und der Volkssolidarität. Weitere 30 Plätze befinden sich im Bau bzw. im Genehmigungsverfahren.

Die Aufnahmequote der LHP liegt nach Auskunft des MBS bei 6,67% aller dem Land Brandenburg zugewiesenen umA. Das MBS geht insgesamt noch immer von 139 umA aus, die die LHP im laufenden Jahr aufzunehmen hat. Nachdem die bundesweite Umverteilung Anfang Januar zum Stillstand kam gab es im Februar wieder Zuweisungen. Allerdings beklagen die anderen Jugendämter eine hohe Leerstandsquote in den Clearingeinrichtungen. Derzeit ist die Zuweisung wieder zum Erliegen gekommen.

Der „Versorgungsverbund“ der Jugendämter Potsdam, Potsdam-Mittelmark, Havelland und Brandenburg/Havel hat unter Federführung des Jugendamtes Potsdam seine Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, eine gemeinsame Angebotssteuerung zu etablieren, um die Schaffung von Über- oder Unterkapazitäten zu vermeiden. Es gibt dazu monatlich eine Beratung der ASD-Leiter der beteiligten Jugendämter.

Seit dem 01.01.2016 arbeitet die neu geschaffene Arbeitsgruppe umA, die direkt dem Bereichsleiter Regionale Kinder- und Jugendhilfe unterstellt ist. Die dort tätigen 4 Sozialarbeiter_innen sind für alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer und für alle minderjährigen Ausländer, die sich ohne Sorgeberechtigte, jedoch unter der Obhut von Verwandten befinden, zuständig.

Herr Riecke teilt weiterhin mit, dass er im Rahmen der Umverteilung eine Liste mit den Namen der Jugendlichen erhält, die nach Potsdam kommen. Kommt der/die Jugendliche nicht in Potsdam an, wird von der abgebenden Stadt eine Vermisstenanzeige gestellt.

Herr Ströber ergänzt zum Vortrag von Herrn Riecke, dass in der AG nach § 78 SGB VIII erste Probleme bei der Versorgung der umA mit Schulplätzen bekannt wurden. Die Jugendämter sind allein gelassen, daher muss jemand an das Schulamt herantreten. Augenblicklich gibt es eine Beschulung in Verantwortung der GFB in den unentgeltlich zur Verfügung gestellten Räumen der Hoffbauerstiftung.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob es für die Jugendlichen Alternativen zur Schule gibt, wenn keine Schulplätze vorhanden sind. Herr Riecke teilt dazu mit, dass die Jugendlichen in diesem Fall durch die Träger beschäftigt werden.

Herr Ströber sieht die Notwendigkeit diese Thematik dem Bildungsausschuss zur Kenntnis zu geben, damit sich der Ausschuss damit beschäftigen kann.

Frau Müller-Preinesberger betont, dass die Frage umgehend mit dem Schulamt besprochen werden muss.

Herr Tölke hat dies bereits in der Unterarbeitsgruppe angesprochen. Da das Schulamt in der Sitzung nicht anwesend war, wird die nächste Sitzung zur Rücksprache genutzt.

Frau Frehse-Sevran weist darauf hin, dass es sehr viele Analphabeten unter den jungen Geflüchteten gibt. Es muss in der Landeshauptstadt Potsdam unbedingt eine Klasse für diesen Personenkreis eingerichtet werden.

Herr Kulke möchte ein anderes Thema ansprechen. Er berichtet, dass bei einer Pogida- Demo am offenen Mikrophon und somit für alle hörbar eine Mitarbeiterin

des Jugendamtes von einer Bürgerin bedroht wurde. Herr Kulke möchte daher wissen, wie Mitarbeitende in dieser und vergleichbaren Bedrohungssituationen geschützt werden.

Herr Tölke teilt dazu mit, dass in dem speziellen Einzelfall eine Strafanzeige durch das Jugendamt gestellt wurde. Das ursprünglich ausschlaggebende und verweigerte Hilfeplanverfahren konnte durchgeführt werden.

Grundsätzlich verweist Herr Tölke darauf, dass für die Mitarbeitenden die Möglichkeit besteht, durch die Nutzung einer Tastenkombination auf Ihrer PC-Tastatur einen Hilferuf auszulösen.

Weiterhin informiert Herr Tölke darüber, dass im Januar 2016 der Handlungsleitfaden „Gewaltprävention und Umgang mit Gefahrensituationen in der Verwaltung“ der Landeshauptstadt Potsdam vom Oberbürgermeister unterzeichnet wurde und in Kraft ist. Mit der Polizei gibt es hier eine gute Zusammenarbeit. Sofern die Polizei wegen Bedrohungstatbeständen kontaktiert wird, kommt sie sofort.

Herr Tölke informiert über aktuelle Situation bei der Versorgung mit Kita-Plätzen in der Landeshauptstadt Potsdam. Er teilt mit, dass mit Stand März 2016 ca. 500 Kinder mehr in Potsdam leben als mit der letzten Prognose vorausgesagt wurde. Damit ist der bisher vorhandene Puffer an Kita-Plätzen ausgereizt.

Weiterhin gibt es augenblicklich ca. 800 Kita-Plätze, für die zwar eine Betriebserlaubnis vorliegt, die aber z.B. wegen Personalmangel oder Umbauarbeiten nicht besetzt werden können. Das Jugendamt befindet sich dazu mit der AG Kita nach § 78 SGB VIII im Gespräch. Bis Ende des Jahres werden zusätzlich 473 neue Plätze geschaffen, 2017 noch einmal 500 Plätze.

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) weist ergänzend darauf hin, dass in diesem Zusammenhang noch weitere Themen besprochen werden müssen, z.B. wie lange verbleiben die Kinder in der Einrichtung, wie gehen wir mit den Kindern aus dem Potsdamer Umfeld um.

Herr Tölke ergänzt, dass gegenwärtig ca. 300 Kinder aus dem Umland in Potsdamer Kitas versorgt werden. Auch die Frage der Wartelisten für einen Kita-Platz spielt eine Rolle. Diese sind nicht so exakt gesteuert. Es gibt dazu ein Programm, das von vielen Jugendämtern genutzt wird. Eltern können für ihr Kind so bei verschiedenen Kitas zugleich einen Platz anfragen und sobald ein Betreuungsvertrag geschlossen wird, fallen sie aus den anderen Wartelisten raus. Hier prüft das Jugendamt mit den Trägern augenblicklich, ob eine Schnittstelle zum Kitasuchportal möglich und nutzbar ist. Dennoch wird auch unter Einbindung dieses Kita- Navigationsprogramms der Vertrag direkt zwischen Eltern und Träger abgeschlossen.

Herr Liebe verweist auf Probleme von Kitas, die am Rande der Stadt liegen. So werden z.B. Familien, die in Fahrland wohnen, durch das Jugendamt Einrichtungen in Drewitz angeboten. Dies ist für alle Beteiligten eine Zumutung, wenn es keine wohnortnahe Versorgung gibt.

Ein weiteres Problem zeichnet sich durch aktuelle Regelungen ab. Tagespflegestellen sind angehalten, Kinder zum jeweiligen Kita-Jahr aufzunehmen. Wenn ein Kind z.B. im März 3 Jahre wird, fliegt das Kind aus der Tagespflege. Freie Plätze in Kitas sind zu dieser Zeit aber nicht vorhanden. Das sind Probleme, die zu oft unter den Tisch fallen. Wenn demnächst über Änderungen und Prozesse diskutiert wird, sollte dies beachtet werden.

Frau Harnisch nimmt das Thema auf. Ein Rechtsanspruch liegt ab dem 1. Lebensjahr vor. Wenn ein Platz dann z. B. im Februar nicht zu Verfügung steht,

wie geht es dann weiter?

Frau Müller-Preinesberger möchte jetzt im Ausschuss nicht auf die einzelnen Beispiele eingehen. Ein Steuerungsproblem erkennt sie für das Jugendamt jedoch auch. So wird z.B. durch Mehrfachanmeldung in verschiedenen Einrichtungen die Statistik verzerrt. In einer dynamischen Stadt wie Potsdam gibt es ständig Bewegung, nicht zuletzt auch durch unterjährige Zuzüge.

Durch den Wegfall des Puffers steht nun eine intensive Arbeit am Einzelfall für das Jugendamt an.

zu 3 **Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Frau Frehse-Sevran berichtet aus der Sitzung des **Unterausschusses** am 08.03.2016.

Im Unterausschuss wurde die Situation der unbegleiteten minderjährigen Ausländer besprochen. Dies wurde bereits durch Herrn Riecke im TOP „Informationen des Jugendamtes“ erörtert. Auch die Situation bezüglich der Kita-Plätze wurde thematisiert.

Es wurden die Strukturprobleme der AG's besprochen sowie das Konzept zur Schulsozialarbeit. Hierbei wurde deutlich, dass die Schulleiter verstehen müssen, dass sie Teil der Reg AG's sind. Herr Tölke und Herr Böhme werden dies entsprechend mit den Schulen besprechen.

Herr Ströber berichtet aus der **AG Hilfen zur Erziehung**. Die Fortbildung aus dem letzten Jahr gemeinsam für Sozialarbeiter der Verwaltung und der freien Träger zum Hilfeplanverfahren wurde gut angenommen. Hier sollte eine Evaluation anschließen. Weiterhin wurde der Brandenburger Erziehungstag besprochen sowie der Referentenentwurf zum Umgang mit dem SGB VIII.

Frau Spatz informiert für die **AG Jugendförderung**.

Die AG hat in ihrer Sitzung am 18.02.2016 folgende Themen besprochen:

Das Plenum Jugendförderung am 12.02.2016 inklusive Wahl der Vertreter und Vertreterinnen; (die 12 Vertreter und Vertreterinnen wurden für zwei Jahre gewählt), AG Sprecherinnen sind Vera Spatz sowie Ike Borg.

Weiterhin ist die Entscheidung für einen Berater zum Thema „Zukunft Potsdamer Jugend(sozial)-arbeit“ gefallen. Im Plenum wurde bereits zu den anstehenden Themen Partizipation, Prävention, veränderte Lebenswelten, Zielgruppen gearbeitet. Der Jugendhilfeausschuss wird weiterhin informiert.

Es hat sich eine UAG zum Thema Jugend(sozio)kultur gegründet.

Frau Wiener informiert für die **Regionale Jugendhilfe AG 1**. Die AG hat letztmalig am 06.01.2016 getagt. Ein nächstes Treffen findet am 13.04.2016 in der Gemeinschaftsunterkunft David-Gilly-Straße statt.

Am 28.01.2016 haben sich zudem die Träger der Potsdamer Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge mit Akteuren der Jugendhilfe getroffen. Besprochen wurden Themen wie z.B. Verbesserung des Übergangs der Kinder aus Einrichtungen in die Kita, Nutzung der Angebote auch von Jugendlichen außerhalb der Einrichtung.

Ebenfalls stattgefunden hat der Fachaustausch Kita Region 1. Frau Kronemann hatte zur Prävention in Einrichtungen berichtet Die nächste Sitzung findet am 14.06.2016 statt.

Frau Schmidt-Fuchs informiert, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 2** am 16.03.2016 getagt und sich vorwiegend mit dem Thema, Schule-Jugendhilfe

befasst hat.

Frau Parthum berichtet, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 17.02.2016 getagt hat. Themen waren W-LAN in Jugendhilfeeinrichtungen. Hier wurde empfohlen, dies in allen Regionalen Jugendhilfe AG's zu beraten.

Die Kita-Situation im Sozialraum 6 wurde besprochen. Es wurde festgelegt, dass Frau Stulgies, Herr Papadopoulos und Frau Welke aktiv an der Bevotung der Hortplanung beteiligt werden sollen.

zu 4 Bericht der Jugendvertretung

Herr Koppe informiert, dass ein Termin zur Jugendbeteiligungsarbeit erst am morgigen Tag stattfindet. Informationen zu einer vertieften inhaltlichen Arbeit können daher noch nicht gegeben werden.

zu 5 Entwicklung einer Jugendberufsagentur in Potsdam - Arbeitsstand

Herr Brincker (Jobcenter) stellt sich vor. Er ist seit dem 01.09.2015 Geschäftsführer des Jobcenters Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Brincker informiert über den Arbeitsstand der Jugendberufsagentur. Bei seiner Arbeitsaufnahme hat er die Ängste der Träger vorgefunden, dass in ihre hoheitlichen Aufgaben eingegriffen wird. Dies ist nicht so. Er betont jedoch die enorme Bedeutung der Installierung einer Jugendberufsagentur, um gemeinsam besser zusammenarbeiten zu können. Ziel ist es keinen Jugendlichen zurückzulassen. Potsdam nimmt mit der Regionalisierung der Jugendhilfestrukturen dabei eine Besonderheit ein. Diese gilt es bei der Arbeit zur Jugendberufsagentur zu berücksichtigen. Er hat bereits mit einigen Trägern in der LHP gesprochen. Der bereits geplante Start der Jugendberufsagentur wird um ein Jahr verschoben. Aktuell wird ein Projektplan aufgestellt, AGs wurden eingerichtet, um erst einmal an den Schnittstellen zu arbeiten. Herr Brincker will sich jedoch auch weiterhin die Option der Zusammenarbeit unter einem Dach offenhalten.

Herr Ströber fragt nach, ob jeder Jugendliche zwischen 14 und 24, der eine Ausbildung sucht, später durch die Jugendberufsagentur betreut wird. Herr Brincker bestätigt dies. Dabei sollen aber keine neuen Strukturen eingerichtet werden, jeder Träger bleibt autonom.

Frau Hannemann fragt, wie das Thema auf die Tagesordnung gekommen ist. Herr Kolesnyk erklärt, dass alle Ideen und Anregungen für die Tagesordnung zur Jahresplanung an Frau Spyra geschickt werden. Die Jugendberufsagentur war bereits vor einiger Zeit Thema im Jugendhilfeausschuss. Nun sollte ein erneuter Bericht gegeben werden.

zu 6 Handlungsempfehlungen für die Kinderfreundliche Kommune

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) stellt die Handlungsempfehlungen vor und sagt zu, die 25 Empfehlungen dem Protokoll als Anlage beizufügen. Die Fraktionen werden dazu gesondert kontaktiert.

Herr Tölke ergänzt, dass nicht alle 25 Empfehlungen umgesetzt werden müssen.

Herr Boede fragt, wie die Empfehlungen zustande gekommen sind. Daraufhin

erklärt Frau Ukrow, dass entsprechende Fragebögen ausgewertet und Internetrecherchen betrieben wurden. Danach wurden die Empfehlungen ausgesprochen.

Frau Dr. Müller fragt, wer entscheidet, welche und wie viele Maßnahmen untersetzt und umgesetzt werden, um im Wettbewerb zu bleiben. Wie konkret müssen diese einzelnen Maßnahmen zur Umsetzung werden?

Frau Ukrow antwortet, dass der Aktionsplanentwurf intensiv geprüft wird. Nur nach umfänglicher Prüfung wird das Siegel vergeben. Es gibt interne Zusammenkünfte der beteiligten Städte zum Austausch. Es wird auch konkret finanziell dargestellt und abgerechnet werden.

Herr Boede stellt fest, dass es nicht ganz nachvollziehbar ist, wie man zur Empfehlung der Öffnung von Sporthallen kommt. In der LHP müssen ja erst einmal ausreichende Hallen und Sportplätze vorhanden sein bzw. gebaut werden.

Frau Altenburg findet, dass die Empfehlungen vor Erstellung der Aktionspläne stärker mit Organisationen und Verbänden abgesprochen werden sollten.

Herr Liebe fragt, welche ehrenamtlichen Kräfte eingebunden werden oder wie die Stellenplatzbeschreibung der Mitarbeiter aussehen werden. Es sind aus seiner Sicht zusätzliche Aufgaben, die hier anstehen.

Herr Tölke erklärt, dass es in der LHP immer temporär eingesetzte Arbeitsgruppen gibt. Das ist das tägliche Leben der Verwaltung. Augenblicklich wird die Aufgabe von Frau Ukrow mit erledigt. Frau Ukrow ergänzt, wenn die Umsetzung ansteht, wird es die Empfehlung der Einsetzung einer Kinder- und Jugendbeauftragten für die Belange der Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt geben. Es ist dann schwer, dies nebenbei zu bewältigen.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Abschluss einer öffentlich - rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB VIII zum 01.07.2016 Vorlage: 16/SVV/0116

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Tölke bringt die Drucksache ein und erläutert diese. Er Tölke teilt mit, dass unter Federführung des Kreises Spree Neiße an der Datenerfassung des SGB VIII gearbeitet wird. Vor allem für stationäre Leistungen werden Daten erfasst und in einer Datenbank vergleichbar gemacht. Die bisherige Arbeit soll nun verstätigt werden. Das ganze kostete bisher 10.000 Euro und zukünftig 13.000 Euro. Für die Steuerung der Leistungen bei den Hilfen zur Erziehung ist ein Vergleich sehr wertvoll. Die Landeshauptstadt wird jedoch nicht alle möglichen Module einkaufen. So ist es angedacht die Verhandlungen zu den Leistungsvereinbarungen auch zukünftig in eigener Regie durchzuführen.

Herr Ströber betont, dass er andere Informationen hat. Danach sollen sich nicht alle kreisfreien Städte und Kreise beteiligen. Er hat zu dieser Thematik viele Telefonate geführt. Die Vorlage ist nicht zum Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung geeignet, da die Daten der unterschiedlichen Kommunen nicht vergleichbar sind. Das führt zu einer unsauberer Datenlage und somit zu einer unsauberer Vermischung der Leistungen. Er hat Informationen, dass z.B. in Cottbus die Fallzahlen gleich bleiben, aber die Fallkosten sinken. Es

wurden alle Verträge gekündigt. Er hofft, dass die Bestrebungen sinkender Fallkosten nicht Hintergrund der Entscheidung ist, sich zu beteiligen. Deshalb schlägt er vor, die Vorlage abzulehnen und sich mit dem neuen Qualitätsbeauftragten dem Thema zu widmen. Durch die Verwaltung fühlt er sich nicht ausreichend informiert.

Frau Frehse-Sevran betont, dass es kein Plädoyer gegen eine Datenerfassung und Datenvergleichbarkeit ist, sondern ein Appell für eine saubere Datenerfassung sein soll.

Herr Tölke macht deutlich, dass hiermit für die Kommune erstmals die Möglichkeit besteht, sich nur mit Kommunen im Land Brandenburg zu vergleichen. Laut dieser Datenbank können wesentliche Qualitätskriterien und Steuerungsfunktionen abgeleitet werden. Herr Tölke wirbt ausdrücklich dafür, da es eine gute Steuerungsmöglichkeit ist.

Frau Weidner ist Mitglied im Projektteam. Alle kreisfreien Städte und der größte Teil der Kreise beteiligen sich. Es gibt einen Beschluss in der Gruppe, dass Daten nicht veröffentlicht werden. Auch der Gesamtbericht wird nicht veröffentlicht sondern lediglich ein Kurzbericht.

Frau Dr. Müller kann nachvollziehen, dass die Kommune aus der Arbeitssicht spricht. Sie hat nicht verstanden, was gesteuert werden soll. Sie hat gedacht, wir steuern über ausgehandelte Qualitätsstandards.

Sie denkt, die LHP benötigt die Plattform nicht. Sie hat keine Kriterien zum Vergleich gefunden. Historisch gewachsene Strukturen bzw. regionale Besonderheiten werden nicht berücksichtigt. Entweder ist die Vorlage schlecht geschrieben oder wir geben Dinge aus der Hand, die wir in den letzten Jahren selbst gesteuert haben.

Frau Weidner (FB Kinder, Jugend und Familie) stimmt zu, dass wir eigenes Datenmaterial haben. Wir können Daten aus vorliegenden Leistungsvereinbarungen entnehmen. Das heißt, unsere Daten sind richtig und nachvollziehbar.

Die Qualitätskriterien werden ja in der Arbeitsgruppe beraten und abgestimmt. Es ist ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

Herr Tölke teilt mit, dass zum Thema Steuerung auch Navigation gehört. Wo wollen wir hin? Wir brauchen einen Spiegel, um uns zu vergleichen und abzuleiten ob wir gut oder schlecht sind. Der Vergleich ist wichtig. Z.B. bei den umA Plätzen hätten wir uns als „Familie“ im Land Brandenburg besser vergleichen können.

Hier saßen ausschließlich und überwiegend Leute zusammen, bei denen die Qualitätsdebatte zu kurz kam. D.h. auf Dauer muss es eine einheitliche Qualitätsdebatte geben.

Herr Wollenberg sieht in der Argumentation der LHP den Beweis, dass der 3. Schritt vor dem ersten gemacht wird. Erst einmal müssen eine Vergleichbarkeit und gleiche Vergleichsparameter hergestellt werden. Erst dann taugt es als Steuerungsinstrument.

Herr Kulke hat aus der Vorlage nicht erkannt, wie verglichen wird. Er hat große Sorge dass der Kämmerer im Prozess involviert ist. Für die Fraktion DIE ANDERE lehnt er diese Vorlage ab.

Herr Riecke weist darauf hin, dass strukturelle Daten eingespeist sind, die vergleichbar sind. Dies führt beim Vergleich zu konstruktiven Nachfragen, warum

es Unterschiede gibt. Ein Vergleich macht Sinn und bringt alle weiter.

Herr Wollenberg hat gelernt, dass erst die Qualitätsdebatte geführt werden muss bevor über Zahlen gesprochen wird. Bei der vorliegenden Vorlage wird das Pferd vom Schwanz aus aufgezogen, das kann nur schiefgehen.

Herr Ströber bestätigt, dass bei nicht definiertem Datenmaterial die Auslegung beliebig ist.

Herr Liebe bezieht sich auf §1 Seite 3 der Vereinbarung. Dies zeigt die konfuse Darstellung der Stadt.

Herr Kolesnyk verweist darauf, dass zum Teil Unterstellungen geäußert worden sind. Dem kann er so nicht folgen. Es gibt Qualitätsstandards, die eingehalten werden. Dennoch muss das Jugendamt bei großen Abweichungen Gespräche führen. Die Entscheidungen werden doch aber weiterhin im Jugendhilfeausschuss getroffen und nicht im Landkreis Spree Neiße. Man muss über den Tellerrand schauen und so versteht er die Vorlage. Die Vereinbarung wird daher nicht so kritisch gesehen, richtig ist, dass die Erhebung weiterentwickelt werden muss. Alle Vereinbarungen werden auch zukünftig über den Jugendhilfeausschuss und die Stadtverordnetenversammlung gehen.

Herr Riecke pflichtet dem Vorsitzenden bei. Das Jugendamt befindet sich seit Jahren im consensus-Vergleich, dadurch sind bisher jedoch keine Kürzungen entstanden.

Die angesprochenen Vertragskündigungen in Cottbus haben nichts mit dem Vergleich zu tun, sondern erfolgten unabhängig davon und zeitlich davor.

Frau Frehse-Sevran verwehrt sich dagegen, dass Daten kommentiert werden, die wir nicht kennen dürfen. Wie sollen die Mitglieder des JHA darüber informiert werden, wenn keine Transparenz gegeben ist?

Herr Tölke teilt dazu mit, dass die Kita-Zoom Debatte ähnlich gelaufen ist- nur anders herum.

Frau Weidner sagt, dass die Kostensätze zu 95 % öffentlich sind. Es werden ja Daten veröffentlicht. Da aber nicht alle Kommunen der Veröffentlichung zugestimmt haben, geht nur der Kurzbericht heraus- nicht die Langversion.

Herr Tölke spiegelt wieder, dass man aber noch im Gespräch ist, alles zu veröffentlichen und die LHP Potsdam sich dafür ausgesprochen hat.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 3 Abs. 1 Ziffer 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG Bbg) zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch – SGB VIII – zwischen dem Landkreis Spree-Neiße und den kreisfreien Städten und Landkreisen des Landes Brandenburg zur Übertragung von bestimmten Aufgaben zur statistischen Erfassung und Aufarbeitung von Daten aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zum 01.07.2016 gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	12

zu 7.2 Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in der Landeshauptstadt

Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0125

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Eifler bringt den Antrag ein. Sie erläutert, dass die Vereinten Nationen eine Proklamation verabschiedet haben. Diese Agenda soll unterzeichnet werden.

Frau Kitzmann (FB Soziales und Gesundheit) bezieht sich auf die Einbringung. Die Resolution ist sehr proklamatorisch dargestellt. Die Proklamation hat keine rechtliche Verbindlichkeit. Die Empfehlung der Unterzeichnung wird unterstützt.

Frau Dr. Müller verwehrt sich dagegen, dass dies nur proklamatorischen Charakter hat. Es ist ein Zeichen nach außen. Die Landeshauptstadt ist da konzeptionell schon sehr gut aufgestellt. Es ist aber sehr wichtig, dass zum Antragstext noch eine Ergänzung gemacht wird. In einem halben Jahr sollte man prüfen, welche Maßnahme die LHP konkret auf dem Weg bringen will.

Herr Boede unterstützt dies. Hier muss aufgezählt werden, was aufgrund dieser Unterzeichnung zusätzlich gemacht werden soll. Aufgrund von Erfahrungen ist er augenblicklich bei solchen Verlautbarungen eher skeptisch. Es besteht die Gefahr, dass man sich mit dem Appell hinter seinem bisherigen Handeln versteckt.

Frau Eifler kann sich bei den Wortmeldungen gut wiederfinden und befürwortet eine Ergänzung des Antragstextes.

Herr Wollenberg bekräftigt, dass Forderungen aufgenommen werden sollten, was aus der Resolution für konkrete Maßnahmen entstehen.

Herr Kolesnyk bittet Frau Eifler und Frau Dr. Müller, zur Stadtverordnetenversammlung eine Änderung des Antragstextes im Sinne der Diskussion vorzulegen. Hier muss der bisherige Text beschlossen werden, da keine konkrete Änderung beantragt ist.

Er stellt den vorliegenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Resolution des Deutschen Städtetages zu unterzeichnen, die die Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit und Armutsbekämpfung in der 2030-Agenda unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0

zu 8 Sonstiges

Herr Liebe teilt mit, dass sich die freien Träger der Jugendhilfe getroffen haben. Hier war die Frage gestellt worden, warum die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausgefallen ist. Es gibt einen großen Kommunikations- und Austauschbedarf. Damit konnte der Ausfall nicht nachvollzogen werden. In der bisherigen Themenplanung sehen die Träger einen Zeitdruck, der nun noch verstärkt wird.

Die Themenplanung war ebenfalls nicht Bestandteil des Protokolls zur Sitzung

vom 21.01.2016. Die aktualisierte Themenplanung soll an alle JHA Teilnehmer versendet werden.

Herr Kolesnyk sagt zu, dass die aufgrund der Vorschläge in der Sitzung am 21.01.2016 aktualisierte Themenplanung für 2016 nachgereicht wird. Der Ausfall der Sitzung wurde aus Sicht des Jugendamtes empfohlen, da weder von der Verwaltung noch von den freien Trägern für diese Sitzung Themen benannt wurden und die ursprünglichen Themen sich nach hinten verschoben haben und es keine Themen gab, die hätten vorgezogen werden können. Er bittet darum, dass zukünftig Themenwünsche rechtzeitig benannt werden.

Frau Parthum teilt mit, dass am 05.04.2016 der neue Kinderstadtplan der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Der neue Kinderstadtplan wird im Rahmen einer Sonderfahrt mit der Tram auf der Linie 96 gefeiert. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sind dazu eingeladen.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 28. April 2016, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Nicole Dörnbrack
Schriftführerin